

- I. Quartal 2007 -

## Mein Blut für dich! Podiumsdiskussion zum Blutspenderecht

### Referenten:

Dr. Marlies Volkmer (MdB), Dresden  
Gerriet Schröder, Magdeburg  
Dr. Helga Peschke, Halle (Saale)  
Marcel Dörrer, Halle (Saale)

### Moderation:

Michael Frowin, Dresden

### Ort und Zeit:

16. März 2007  
19:30 Uhr

AOK-Geschäftsstelle  
Robert-Franz-Ring 16  
Halle (Saale)  
Raum 241

Initiatoren: Schwusos Sachsen und Sachsen-Anhalt und AG Sozialdemokraten im Gesundheitswesen

.....

### Interessenvertretung Homosexueller

Seit mehreren Monaten bestehen in Sachsen-Anhalt zwei Regionalgruppen der Schwusos, eine in Halle und eine in Magdeburg. Die Schwusos nehmen innerhalb der SPD die Interessenvertretung Homosexueller wahr und engagieren sich vor allem für das Thema Gleichberechtigung.

Der hallische Arbeitskreis trifft sich regelmäßig einmal im Monat um über aktuelle und mittel- und langfristige Themen zu sprechen. Aktuelle Themen sind das Gleichstellungsgesetz, das Blutspenderecht und der Umgang mit Aids in Deutschland.

Im letzten Jahr unterstützten die Mitglieder der Schwusos Halle und Magdeburg den Christopher Street Day in Magdeburg und das Schwul-Lesbische-Straßenfest am Alten Markt in Halle.

Die Sitzungen der Schwusos Halle finden in der Regel jeden zweiten Mittwoch im Monat um 19:00 Uhr in der Regionalgeschäftsstelle Halle, Große Märkerstraße 6, statt.

### Mein Blut für dich!

Am 16. März 2007 wird unter diesem Titel eine Podiumsdiskussion zum Thema Blutspenderecht stattfinden. Die Veranstaltung entstand in Zusammenarbeit der Schwusos in Sachsen und Sachsen-Anhalt mit der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokraten im Gesundheitswesen.

Die Probleme sind vielfältig. Während der Bedarf an Blutspenden hoch ist, werden potentielle Spender pauschal ausgeschlossen, um das Risiko der Übertragung von Infektionskrankheiten zu senken. Dennoch hat sich seit 1999 die Anzahl der infektiösen Spenden verdoppelt - vor allem das HI-Virus tritt gehäuft auf.

Die Blutspendeorganisationen müssen sich also den Vorwurf gefallen lassen, mit ihrer Spenderselektion nicht nur zu diskriminieren, sondern auch die Empfänger unzureichend zu schützen. Die Ursachen und mögliche Maßnahmen sollen diskutiert werden. Hierzu sind Gäste aus Politik, Medizin und Recht geladen, die ihre Positionen vertreten werden.

- I. Quartal 2007 -

## Reformen oder Reförmchen?

Seit fast einem Jahr gibt es in der SPD Halle wieder eine aktive Arbeitsgemeinschaft für Bildung. Seit Mai 2006 fanden monatlich Zusammenkünfte zwischen bildungsinteressierten Mitgliedern der SPD in Halle statt. Mittlerweile sind auch der Saalkreis und Merseburg-Querfurt gut in den Reihen der neuen AfB vertreten.

Ein wichtiges aktuelles Thema ist der Landesbildungskonvent. Im Januar besuchte deshalb Rita Mittendorf, bildungspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, eine Sitzung, um das Konzept vorzustellen und über wichtige Inhalte zu sprechen.

In der anschließenden Diskussion wurde deutlich, dass die hohen Erwartungen, die man mit der Bezeichnung „Konvent“ verknüpfen kann, wohl kaum erfüllt werden können, gibt es doch scharfen Gegenwind aus den Reihen der CDU. So droht aus der dringend notwendigen umfassenden Reform unseres Bildungswesens wieder nur ein mageres Reförmchen zu werden, das die Probleme, die sich seit fast 20 Jahren angehäuft haben, nicht lösen wird.

Um dies zu verhindern, müssen die notwendigen Reformen öffentlich stärker thematisiert werden, damit über die Bürger unseres Landes genügend Druck aufgebaut werden kann, um aus dem Konvent doch noch einen Erfolg zu machen.

.....

## Bildung im Bremer Entwurf

Die Arbeitsgemeinschaft für Bildung im südlichen Sachsen-Anhalt und der Landesarbeitskreis Bildung der Jusos thematisieren zur Zeit auf ihren Sitzungen die bildungs- und familienpolitischen Inhalte des Bremer Entwurfes zum neuen Grundsatzprogramm der SPD.

Da das neue Programm die grundsätzlichen Richtlinien für die Politik der SPD in den nächsten Jahren festschreibt, sind alle Mitglieder aufgerufen, sich an der Debatte zu beteiligen.

Nächste AfB-Sitzung:  
21.03. um 19 Uhr RGS Halle

Nächste LAK-Sitzung:  
31.03. um 10 Uhr RGS Halle

## Kürzungspläne der Stadt bei der Staatskapelle

Die Jusos und die Arbeitsgemeinschaft für Bildung der SPD in Halle haben sich in einer gemeinsamen Pressemitteilung gegen weitere Kürzungen bei der Staatskapelle Halle ausgesprochen.

Mit der Staatskapelle Halle ist im vergangenen Jahr ein Orchester entstanden, das man zu den qualitativ hochwertigsten deutschen Klangkörpern zählen kann. Sie leistet zur Zeit mit Händelfestspielen, Sinfonie-, Familien- und Kammerkonzerten, Opern, Musicals und zahlreichen nationalen und internationalen Gastspielen ein unglaubliches Arbeitspensum. Sie ist damit ein wichtiger Teil der sachsen-anhaltischen Kulturlandschaft und auch ein wichtiges Aushängeschild für Stadt und Land.

Die angekündigte Reduzierung der Musiker auf eine nur rein statistisch begründete Zahl von 105 würde die momentane Vielgestaltigkeit des Orchesters und des Programms erheblich einschränken und Halle und Sachsen-Anhalt auf ein musikkulturelles Mittelmaß zurückstufen. Baut man weiter ab, muss man auch Einschränkungen bei der Gestaltung des Programms hinnehmen, was wiederum zu weniger Publikumsverkehr führen würde. In unmittelbarer Nachbarschaft zu Leipzig wäre dies ein fatales Signal.

Die geplanten Kürzungen bei der Staatskapelle Halle sind leider nur ein Beispiel für den Rückzug der öffentlichen Hand aus der Kulturförderung. Den Kommunen in Sachsen-Anhalt kann man dabei aber nicht alleine die Schuld anlasten, sondern auch das Land steht gerade hier in der Verantwortung, aus der es sich jedoch immer weiter zurückzieht. Das Ziel eines ausgeglichenen Landeshaushalts gerät geradezu zur Farce, wenn man es auf Kosten der kommunalen Haushalte erzwingt.

Ein klares Ja zum Haushaltsausgleich ist auch weiterhin ein unbedingtes Muss, doch müssen die Methoden in einem Dialog zwischen allen Beteiligten und Betroffenen noch einmal überdacht werden. Kultur gehört zu den wenigen Standortfaktoren, bei denen Sachsen-Anhalt eine Spitzenposition in Deutschland einnimmt. Geben wir diese auf, wird es in Zukunft noch schwieriger werden, Menschen und Unternehmen davon zu überzeugen, sich in unserer Stadt und in unserem Land niederzulassen.